

Beiträge ÖkoLinX-ARL

Wortprotokoll

über die

37. Plenarsitzung

der Stadtverordnetenversammlung

am Donnerstag, dem 8. Oktober 2009

(16.03 Uhr bis 00.15 Uhr)

1. Feststellung der Tagesordnung	1
Stadtverordneter Wolfgang Hübner, Freie Wähler:.....	1
Stadtverordneter Lothar Reininger, LINKE.:.....	2
Stadtverordneter Manfred Zieran, ÖkoLinX-ARL:.....	3
Stadtverordneter Klaus Oesterling, SPD:.....	3
Stadtverordneter Lothar Reininger, LINKE.:.....	4
Stadtverordnete Carmen Thiele, LINKE.:.....	4
Stadtverordneter Klaus Oesterling, SPD:.....	5
 2. Mitteilungen des Stadtverordnetenvorstehers	 5
 3. 35. Fragestunde.....	 6
Frage Nr. 1209.....	6
Stadtverordneter Martin Daum, CDU:.....	6
Stadtkämmerer Uwe Becker:	6
Frage Nr. 1210.....	7
Stadtverordneter Bernhard Ochs, SPD:	7
Stadtrat Edwin Schwarz:	7
Frage Nr. 1211	8
Stadtverordnete Ursula auf der Heide, GRÜNE:	8
Stadträtin Dr. Manuela Rottmann:.....	8
Frage Nr. 1212.....	9
Stadtverordneter Lothar Reininger, LINKE.:	9
Stadtrat Edwin Schwarz:	10
Frage Nr. 1213.....	11
Stadtverordnete Brigitte Reifschneider-Groß, FDP:.....	11
Stadträtin Dr. Manuela Rottmann:.....	11
Frage Nr. 1214.....	11
Stadtverordneter Achim Fey, FAG:	12
Stadträtin Prof. Dr. Daniela Birkenfeld:.....	12
Frage Nr. 1215.....	12
Stadtverordneter Wolfgang Hübner, Freie Wähler:.....	12
Stadtkämmerer Uwe Becker:	12
Frage Nr. 1216.....	13
Stadtverordneter Michael Langer, REP:.....	13
Stadträtin Dr. Manuela Rottmann:.....	13
Frage Nr. 1217.....	14
Stadtverordneter Jochem Heumann, CDU:	14
Stadtrat Lutz Sikorski:	14
Frage Nr. 1218.....	15
Stadtverordneter Rudi Baumgärtner, SPD:.....	15
Stadtrat Edwin Schwarz:	15
Frage Nr. 1219.....	16
Stadtverordnete Sylvia Momsen, GRÜNE:.....	16
Bürgermeisterin Jutta Ebeling:	16

bei der Geschäftsordnungsdebatte nicht diskutiert.

Stadtverordneter Lothar Reininger, LINKE.:
(fortfahrend)

Ich habe den Geschäftsordnungsantrag gestellt, die namentliche Abstimmung darüber vorzunehmen und die Vertraulichkeit der Vorlage M 192 aufzuheben. Wenn der Stadtkämmerer sagt, welche Details nicht verwandt werden dürfen, dann soll er das sagen, dann bleiben sie in der Diskussion außen vor, aber diese Debatte muss geführt werden. Es kann nicht sein, dass die entscheidenden Fragen dieser Stadt klammheimlich im Ausschuss oder im nichtöffentlichen Teil debattiert werden.

**Stadtverordnetenvorsteher
Karlheinz Bührmann:**

Herr Stadtverordneter Reininger, ich entziehe Ihnen hiermit das Wort.

(Beifall)

Verlassen Sie bitte das Rednerpult.

(Zurufe)

Herr Stadtverordneter Reininger, ich rufe Sie zur Ordnung.

(Zurufe)

Herr Stadtverordneter Reininger, ich habe Sie zur Ordnung gerufen. Wenn Sie so weiter machen, riskieren Sie nach dem dritten Ordnungsruf den Ausschluss aus der heutigen Sitzung.

(Zurufe)

Sie haben nicht mehr das Wort, verlassen Sie das Rednerpult.

Die nächste Wortmeldung zur Geschäftsordnung kommt von Herrn Stadtverordneten Zieran. Bitte sehr!

Stadtverordneter Manfred Zieran, ÖkoLinX-ARL:

Ich glaube, das kann man nicht mehr überbieten.

Was diese Geschäftsordnungsdebatte deutlich macht, ist die undemokratische Ordnung dieses Parlaments. Wichtige Punkte für die strukturelle Entwicklung sind weiter hinten platziert. Ich beantrage, dass der Tagesordnungspunkt 11., „Straßenbahn statt U 5“, bei dem es darum geht, dass ein wichtiges Zentrum des Nordends, wo es Kommunikation gibt, wo die Menschen sich treffen, wo sie über Straßen gehen wollen, zerstört wird. Das muss diskutiert werden, und das kann nicht wieder hinten herunterfallen. Als Tagesordnungspunkt 11. fällt es hinten herunter. Eine oberirdische Straßenbahn, direkt zum Hauptbahnhof und barrierefrei, das kann die U 5 nicht bieten, und das möchte ich hier diskutiert und nicht auf nach Mitternacht abgeschoben haben. Ich möchte es diskutiert haben, wenn die Medien dabei sind und darüber berichten oder vielleicht doch einmal darüber berichten. Ebenso unterstütze ich den Antrag der LINKE.-Fraktion, dass die Vorlage M 192 öffentlich diskutiert wird. Der Tagesordnungspunkt 11. soll auf Tagesordnungspunkt 6. umgestellt werden.

**Stadtverordnetenvorsteher
Karlheinz Bührmann:**

Die nächste Wortmeldung zur Geschäftsordnung kommt von Herrn Stadtverordneten Oesterling. Bitte sehr!

Stadtverordneter Klaus Oesterling, SPD:

Herr Vorsitzender,
meine Damen und Herren!

Die Geschäftsordnungsanträge der Freien Wähler und vom Kollegen Zieran lehnt die SPD-Fraktion ab. Was den Geschäftsordnungsantrag der LINKEN. angeht, sage ich, dass das im vertraulichen Teil hätte behandelt werden müssen, weil es um die Überstellung einer Vorlage vom vertraulichen in den öffentlichen Teil geht. Was die Sache angeht, unterstützen wir den Antrag der LINKEN., es in den öffentlichen Teil zu überstellen, weil der eigentliche Grund, weshalb die CDU-Fraktion das nichtöffentlich beraten will, ist, dass die CDU-Fraktion Angst hat, dass sie von den LINKEN. für ihren Verstaatlichungskurs gelobt wird, und deshalb will sie das im vertraulichen Teil diskutieren. Wir

5.4 Einhausung A 661	32
Bericht des Magistrats vom 10.08.2009, B 667	
<u>hierzu</u> : Anregung des OBR 4 vom 01.09.2009, OA 971	
Stadtverordneter Helmut Heuser, CDU:	33
Stadtverordneter Udo Mack, LINKE.:	35
Stadtverordnete Angela Hanisch, GRÜNE:	36
Stadtverordneter Michael Paris, SPD:	37
Stadtverordneter Manfred Zieran, ÖkoLinX-ARL:	38
Stadtverordnete Annette Rinn, FDP:	39
Stadtverordneter Hans-Günter Müller, Freie Wähler:	41
Stadtverordneter Helmut Heuser, CDU:	41
Stadtverordneter Bernhard Ochs, SPD:	43
Stadtrat Lutz Sikorski:	45
Stadtverordneter Udo Mack, LINKE.:	47
Stadtverordneter Hans-Günter Müller, Freie Wähler:	48
6. Überleitung der Städtischen Kliniken Frankfurt am Main-Höchst in eine gemeinnützige GmbH	48
Vortrag des Magistrats vom 28.08.2009, M 165	
<u>hierzu</u> : Antrag der FAG vom 08.09.2009, NR 1542	
Stadträtin Dr. Manuela Rottmann:	49
Stadtverordneter Lothar Reininger, LINKE.:	53
Stadtverordnete Margrit Weißbach, CDU:	55
Stadtverordneter Stefan Majer, GRÜNE:	57
Stadtverordneter Yanki Pürsün, FDP:	59
Stadtverordneter Dr. Dr. Rainer Rahn, FAG:	61
Stadtverordneter Hans Busch, SPD:	63
Stadträtin Dr. Manuela Rottmann:	66
7.1 Islamische Religionskunde als Modellversuch in Frankfurt.....	67
Antrag der SPD vom 08.07.2009, NR 1485	
7.2 Islamunterricht an Hessischen Schulen.....	67
Gemeinsamer Antrag der CDU und der GRÜNEN vom 10.09.2009, NR 1565	
Stadtverordneter Manuel Stock, GRÜNE:	67
Stadtverordneter Turgut Yüksel, SPD:	69
Stadtverordneter Wolfgang Hübner, Freie Wähler:.....	72
Stadtverordnete Yildiz Köremezli-Erkiner, LINKE.:	74
Stadtverordneter Thomas Kirchner, CDU:	75
Stadtverordneter Yanki Pürsün, FDP:	77
Stadtverordneter Manfred Zieran, ÖkoLinX-ARL:	79
Stadtverordneter Turgut Yüksel, SPD:	80

Koalition nicht daran hindern dürfen, im Namen der Stadt Frankfurt, und im Interesse der Bürgerinnen und Bürger mit aller Macht zu verhandeln, dass eine wirkungsvolle Lärmschutzmaßnahme in diesem Bereich finanziert wird.

Es hätte noch eine andere Option gegeben. Eine andere Option, für die ich mich schon eingesetzt habe, wurde schon angesprochen. Es geht um die Frage einer weitergehenden Maßnahme, in welcher man im Rahmen der internationalen Bauausstellung hätte überlegen können, ob man einen Betondeckel oder eine Verbindung zwischen dem Grüngürtel und den Siedlungen, also zwischen New Atterberry und Seckbach, herstellt, und man dadurch beispielsweise dem dort ansässigen Sportverein SG Bornheim die dringend notwendigen Spielflächen erweitert. All das, worüber sich Architekten den Kopf hätten zerbrechen können, wäre durch eine Einhausung, die im Rahmen einer internationalen Bauausstellung verwirklicht worden wäre, möglich gewesen.

**Stadtverordnetenvorsteher
Karlheinz Bührmann:**

Gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Stadtverordneter Michael Paris, SPD:
(fortfahrend)

Nein. Was wäre im Rahmen dieser internationalen Bauausstellung möglich gewesen? Wer hat die Internationale Bauausstellung gestoppt? Der Hessische Ministerpräsident hat die Lust verloren. So einfach ist das. Es gab auch in diesem Haus genügend Leute, die sich darüber geärgert haben. Er hat die Lust verloren, und damit ist die zweite Chance für diese Einhausung zum gegenwärtigen Zeitpunkt dahin. Nichtsdestotrotz muss man die Einhausung nicht aufgeben. Man kann weiterhin die Forderung aufrechterhalten, dass im östlichen Frankfurt zum Schutz der Bevölkerung diese Autobahn komplett eingehaust werden muss. Nicht nur in einem Segment, welches etwa 20 Prozent der Strecke ausmacht, das von Lärm und weiteren Immissionen betroffen ist. Deswegen ist es folgerichtig, dass wir den Antrag natürlich annehmen. Wer will denn dagegen sein, dass die Leute in New Atterberry geschützt werden? Aber wir

stimmen auch dem Antrag der LINKEN. zu, weil wir die Option offenhalten wollen, dass die Autobahn A 661 im Bereich des Dreiecks am Seckbacher und Bornheimer Hang eingehaust werden kann.

(Beifall)

**Stadtverordnetenvorsteher
Karlheinz Bührmann:**

Danke schön, Herr Paris! Die nächste Wortmeldung kommt von Herrn Stadtverordneten Zieran von den ÖkoLinX-ARL.

Stadtverordneter Manfred Zieran, ÖkoLinX-ARL:

Es geht nicht darum, dass eine Politik, welche diese Stadt zerstört und die nicht von Schwarz-Grün, sondern von der SPD begonnen wurde, fortgesetzt wird und entstandene Autobahnstümpfe gegen Menschen und Natur verbunden werden. Wenn man wirklich eine Politik für Menschen machen will, muss man diese Stümpfe abreißen. Es wäre Aufgabe der Politik gewesen, tatsächlich eine Politik für den Menschen darzustellen. Wenn im Grundgesetz steht, dass die Gesundheit ein Grundrecht ist, dann ist dieser innerstädtische Autobahnbau nichts anderes als ein Verbrechen an den Menschen. Unter dem Gesichtspunkt der EU-Richtlinie, dass Feinstaub das Leben verkürzt, dass Schadstoffe Krebs und andere Krankheiten hervorrufen, ist die Autobahn nichts anderes als ein hingenommenes Mordprogramm.

Das bedeutet, dass die Bürgerinitiative gegen den Moloch Autobahn, die im Jahre 1978 entstand und die ich mitgegründet habe, so aktuell wie nie zuvor ist. Einmal muss mit dem Autowahn Schluss sein. Wir brauchen einen Stopp des Vorrangs für Autos. Wir brauchen eine Stadtpolitik, die für eine Eroberung des Stadtraumes für die Menschen, die Gesundheit und für ein Zusammenleben in Kommunikation und Gemeinschaft steht und für die eine Öffnung beziehungsweise ständig geöffnete Schleusen für Autos eine völlige Fehlentwicklung darstellt. Umso fataler ist es, dass die Partei, die gegen diese Fehlentwicklung angetreten ist und auch

deshalb gegründet wurde, nämlich die GRÜNEN, heute für diese Politik ist, und sich hier bei dieser Politik der Zerstörung auch noch selbst beklatscht.

Besonders schön ist, wenn hier geheult wird, dass kein Geld für wenigstens eine Reparaturmaßnahme da sei. Dankenswerterweise haben Sie den Antrag eingebracht, aber Sie wissen auch, dass die Einhausung nur eine Reparatur ist. Es ist grundsätzlich eine falsche Entscheidung, aber immerhin.

Aber dafür hat man keine 190 Millionen Euro. Das ist nicht zu fassen. Die arme Stadt Frankfurt geht pleite. Da wird eine Puppenstube gebaut, in der die Altstadt rekonstruiert wird. Da wird Geld in irgendeine Prestige-Investition, die irgendeine Bank haben will, reingesteckt. Da wird wegen der Europäischen Zentralbank das halbe Ostend umgebaut, aber die Vertreterin der GRÜNEN sagt, dass Frankfurt kein Geld habe, um dieses Ding zu bauen. Aber damit jeder merkt, dass wir sofort handeln, bauen wir die Lärmschutzwände. Die Höhe der Lärmschutzwände, das sollte man begriffen haben, sagt nichts über konsequenten Lärmschutz aus. Deswegen haben die Seckbacher damals durchgesetzt, dass die Lärmschutzwand wenigstens eine Biegung hat. Sie haben dafür die Bäume und die Kleingartenanlagen besetzt und haben dadurch wenigstens ein bisschen was erreicht.

Für Bornheim hat es damals nichts gegeben. Bornheim hat keine Lärmschutzwand bekommen. Das war noch zu Zeiten der SPD, völlig richtig. Da kann man nun noch soviel Oppositionspolitik betreiben, aber die Verantwortung liegt bei der SPD und bei niemand anderem. Diese Politik führt nun dazu, dass wir noch mehr bekommen. Geplant ist eine Tangente durch das Nordend. Ich unterstütze den Antrag der LINKEN zur Einhausung als Reparaturantrag, als ersten Schritt zum Abriss der Autobahn, damit die Bürger wenigstens vor dem Lärm geschützt sind. Es ist aber nur ein Schutz vor dem Lärm und kein Schutz vor den Giftstoffen und vor der Vergiftung des dortigen gesamten Umfeldes. Leider reicht der Widerstand nicht aus, um dieses Projekt ganz in den Griff zu bekommen.

Ich kann nur sagen, dass die Bürger gut beobachten sollten, wie die schwarz-grüne Koalition gegen die Interessen der Bürger agiert und wie der Lebensraum kaputt gemacht wird. Sie sollten gut beachten, dass das in Kontinuität zu einer Partei wie der SPD steht, die nicht etwa in der Opposition ist, sondern eben diese Zerstörung eines Lebensraumes eingeleitet hat. Wenn das wenigstens durch diese Debatte erkannt wird, bin ich zufrieden. Aus diesem Grund werde ich die Anträge der LINKEN unterstützen.

Danke!

(Beifall)

**Stadtverordnetenvorsteher
Karlheinz Bührmann:**

Danke schön, Herr Zieran! Die nächste Wortmeldung kommt von der Fraktionsvorsitzenden der FDP, Frau Rinn.

Stadtverordnete Annette Rinn, FDP:

Herr Stadtverordnetenvorsteher,
meine Damen und Herren!

Als ich neu im Verkehrsausschuss saß, das ist ungefähr acht Jahre her, ging mir furchtbar auf die Nerven, wenn die alten Hasen mich belehrten und mir sagten, dass ich erst neu im Verkehrsausschuss säße, und wenn ich schon seit 20 Jahren dort säße, dann wüsste ich das, und so weiter. Ich erkannte das parteiübergreifend festzustellende Verhalten. Als Herr Zieran das erste Mal in der letzten Sitzung des Verkehrsausschusses anwesend war, musste ich mir auf die Zunge beißen, um mich nicht zurückzulehnen und ihm zu sagen, dass er hier neu sei, aber ich habe mir auf die Zunge gebissen und ich habe es unterlassen.

(Zurufe)

Das Problem im Verkehrsausschuss ist, dass wir ständig über Projekte reden, die schon sehr lange diskutiert werden. Die Stadt Frankfurt lebt seit 30 Jahren mit einem Autobahnstummel der Autobahn A 66 an der Borsigallee. Seit 30 Jahren quält sich der Verkehr, der in die Innenstadt will, durch die

5.4 Einhausung A 661	32
Bericht des Magistrats vom 10.08.2009, B 667	
<u>hierzu</u> : Anregung des OBR 4 vom 01.09.2009, OA 971	
Stadtverordneter Helmut Heuser, CDU:	33
Stadtverordneter Udo Mack, LINKE.:	35
Stadtverordnete Angela Hanisch, GRÜNE:	36
Stadtverordneter Michael Paris, SPD:	37
Stadtverordneter Manfred Zieran, ÖkoLinX-ARL:	38
Stadtverordnete Annette Rinn, FDP:	39
Stadtverordneter Hans-Günter Müller, Freie Wähler:	41
Stadtverordneter Helmut Heuser, CDU:	41
Stadtverordneter Bernhard Ochs, SPD:	43
Stadtrat Lutz Sikorski:	45
Stadtverordneter Udo Mack, LINKE.:	47
Stadtverordneter Hans-Günter Müller, Freie Wähler:	48
6. Überleitung der Städtischen Kliniken Frankfurt am Main-Höchst in eine gemeinnützige GmbH	48
Vortrag des Magistrats vom 28.08.2009, M 165	
<u>hierzu</u> : Antrag der FAG vom 08.09.2009, NR 1542	
Stadträtin Dr. Manuela Rottmann:	49
Stadtverordneter Lothar Reininger, LINKE.:	53
Stadtverordnete Margrit Weißbach, CDU:	55
Stadtverordneter Stefan Majer, GRÜNE:	57
Stadtverordneter Yanki Pürsün, FDP:	59
Stadtverordneter Dr. Dr. Rainer Rahn, FAG:	61
Stadtverordneter Hans Busch, SPD:	63
Stadträtin Dr. Manuela Rottmann:	66
7.1 Islamische Religionskunde als Modellversuch in Frankfurt.....	67
Antrag der SPD vom 08.07.2009, NR 1485	
7.2 Islamunterricht an Hessischen Schulen.....	67
Gemeinsamer Antrag der CDU und der GRÜNEN vom 10.09.2009, NR 1565	
Stadtverordneter Manuel Stock, GRÜNE:	67
Stadtverordneter Turgut Yüksel, SPD:	69
Stadtverordneter Wolfgang Hübner, Freie Wähler:	72
Stadtverordnete Yildiz Köremezli-Erkiner, LINKE.:	74
Stadtverordneter Thomas Kirchner, CDU:	75
Stadtverordneter Yanki Pürsün, FDP:	77
Stadtverordneter Manfred Zieran, ÖkoLinX-ARL:	79
Stadtverordneter Turgut Yüksel, SPD:	80

heute Abend von hier aus, wenn wir dem Antrag von CDU und GRÜNEN zustimmen.

Vielen Dank!

(Beifall)

Stellvertretender

Stadtverordnetenvorsteher Ulrich Baier:

Gestatten Sie eine Frage von Herrn Holtz? Das tut er nicht, somit kommen wir zur nächsten Wortmeldung. Sie kommt von Herrn Zieran.

Stadtverordneter Manfred Zieran, ÖkoLinX-ARL:

Wir wissen nicht genau, wo wir bei dieser Debatte stehen. Wir stehen wohl außerhalb dieser Debatte. Eines ist völlig klar: Wenn hier von der rechten Seite geäußert wird, dass das Christentum aufklärerisch und der Islam so rückschrittlich sei, dann sollten diejenigen doch mal bitte in den Geschichtsunterricht gehen und sich angucken, in welchem Raum sich die Wissenschaft entwickelt hat, ob das im arabischen Raum oder in Europa war.

Diejenigen sollten das finstere Mittelalter betrachten, wie sich das Christentum gab und wie sich der Islam eben nicht gab. Wenn man das alles nicht weiß, dann sollte man hier den Mund halten.

So, ich will auf Folgendes hinaus: Jede Religion hat ihre Vorteile. Es gibt in jeder Religion Aspekte für Frieden und für gutes Zusammenleben. Es gibt sogar soziale Aspekte, es gibt Leute, die meinen, Jesus Christus sei ein Sozialrevolutionär gewesen. Es gibt auf der anderen Seite in jeder Religion Mord und Totschlag. Frauen, die abtreiben, werden in den USA umgebracht. Auch das muss man sehen. Wenn man das alles weiß, dann ist klar, dass man gegen die Bevorzugung von Religion eintreten muss - auch gegen die Bevorzugung des Christentums. Das ergibt sich schon aus der Religionsfreiheit.

Aber es gibt auch ein weiteres Recht, nämlich das Recht auf die Freiheit von Religion.

Es gibt eine weitere Diskriminierung, die Diskriminierung der Atheisten, zu denen ich mich zähle. Unsere Organisation zählt nicht dazu, in unserer Organisation haben wir verschiedene Meinungen zur Religion, es gibt verschiedene Strömungen.

Auch für die Schule und für die Erziehung muss es ein Recht auf die Freiheit von Religion geben. Wir lehnen die Anträge ab, weil wir nicht glauben, dass die Lösung dieses Problems, der Diskriminierung des Islams, darin liegt, dass wir den Islam in die Schule einführen. Gleichberechtigung liegt vielmehr darin, dass jeder Religionsunterricht aus Schulen, der Erziehung und der Hochschule rausgehalten und nicht reingenommen wird. Religion ist nicht Opium für das Volk, sondern Opium des Volkes, und zwar in gesellschaftlichen Verhältnissen, die so unmenschlich sind, dass die Menschen etwas wie Religion, etwas wie einen Gott auch brauchen. Aber frei leben ohne Gott muss genauso möglich sein.

Die Berliner Lösung - das ist ja schon angesprochen worden - stellt einen Zwischenschritt dar, den ich gut finde. Die Einrichtung von Ethikunterricht, von Werteunterricht, finde ich gut, weil so jungen Menschen die verschiedenen Werte der verschiedenen Religionen nahegebracht werden können, damit sie Toleranz entwickeln. Mehr gehört in die Schule nicht hinein, jedenfalls kein Religionsunterricht, sondern nur ein Unterricht, der die Toleranz zwischen den verschiedenen Strömungen, aber auch die Toleranz gegenüber denjenigen, die ohne Gott leben wollen, lehrt.

Das ist unsere Linie in dieser Frage, und insofern votiere ich mit Ablehnung beider Anträge. Damit drücken wir aber keine Diskriminierung des Islams aus. Wir treten weiterhin für Moscheen und für die freie Ausübung der Religionen außerhalb von Schulen und Hochschulen ein. Wir sagen aber gleichzeitig, dass wir in den Schulen keine Kreuze und Schleier wollen.

Danke!

8.	Treffen die Korruptionsvorwürfe gegen den Geschäftsführer der städtischen Dom-Römer GmbH zu?	
	Hat der Magistrat gegenüber der Stadtverordnetenversammlung die Unwahrheit gesagt? . 80	
	Anfrage der SPD gemäß § 18 (3) GOS vom 30.09.2009, A 1078	
	Stadtrat Edwin Schwarz:	81
	Stadtverordneter Klaus Oesterling, SPD:	83
	Stadtverordnete Dr. Katharina von Beckh, Freie Wähler:	85
	Stadtverordneter Dr. Horst Kraushaar, CDU:	85
	Stadtverordneter Olaf Cunitz, GRÜNE:	89
	Stadtverordnete Brigitte Reifschneider-Groß, FDP:	90
	Stadtverordneter Lothar Reininger, LINKE.:	90
9.	Parkhaus AirRail-Center.....	91
	Antrag der FAG vom 22.07.2009, NR 1492	
	Stadtverordneter Dr. Dr. Rainer Rahn, FAG:	91
	Stadtverordneter Jochem Heumann, CDU:	93
	Stadtverordneter Olaf Cunitz, GRÜNE:	94
	Stadtverordneter Dr. Horst Kraushaar, CDU:	95
10.	Sanierung der Wilhelm-Merton-Schule, Andreaestraße hier: Mehrkostenvorlage.....	96
	Vortrag des Magistrats vom 28.08.2009, M 164	
	Stadtverordneter Wolfgang Hübner, Freie Wähler:.....	96
	Bürgermeisterin Jutta Ebeling:	97
	Stadtverordneter Lothar Reininger, LINKE.:	98
11.1	Haltestellen Musterschule und Glauburgstraße in der Eckenheimer Landstraße für Niederflurstraßenbahn auf Straßenniveau barrierefrei bauen	99
	Antrag der FAG vom 23.06.2009, NR 1450	
11.2	Schnelle oberirdische barrierefreie Niederflurstraßenbahn direkt zum Hauptbahnhof statt U 5	99
	Anregung des OBR 3 vom 03.09.2009, OA 972	
	Stadtverordneter Manfred Zieran, ÖkoLinX-ARL:	99
	Stadtverordnete Gisela Becker, FAG:	100
	Stadtverordneter Helmut Heuser, CDU:	103
	Stadtverordneter Klaus Oesterling, SPD:	106
	Stadtverordneter Udo Mack, LINKE.:	106
	Stadtverordneter Hans-Günter Müller, Freie Wähler:	107
	Stadtverordneter Klaus Oesterling, SPD:	108
	Stadtverordnete Annette Rinn, FDP:	108
	Stadtverordneter Udo Mack, LINKE.:	108
	Stadtverordneter Helmut Heuser, CDU:	109

hat denn da versagt? Versagt hat da auch die Kommunalaufsicht. Wo ist Volker Bouffier von der Kommunalaufsicht, wenn es darum geht, zu schauen, was mit 61,1 Millionen Euro passiert?

(Beifall)

Herr Volker Bouffier ist immer dann da, wenn es darum geht, zu schauen, dass die Volkshochschule nicht 200.000 Euro mehr ausgibt. Er ist dann da, wenn es darum geht, dass ein Prozent mehr Personal eingestellt wird, weil es für die Kitas benötigt wird. Er ist dann da, wenn es darum geht, zu schauen, dass die freiwilligen Zuschüsse eventuell genau genug kontrolliert oder abgebaut werden. Dann ist Volker Bouffier da, aber wenn es um 61,1 Millionen Euro Mehrkostenvorlagen geht, ist er nicht da. Das ist ein Versagen der Kommunalaufsicht, und wenn es nicht funktioniert, muss die Kommunalaufsicht dem gerecht werden, was auch der Name besagt. Das Innenministerium muss schauen, wie die Haushaltsgelder verwandt werden und ob das ordnungsgemäß erfolgt. Eine Summe von 61 Millionen Euro ist kein Pappentiel, da werden wir nachbohren.

Vielen Dank!

(Beifall)

**Stellvertretende
Stadtverordnetenvorsteherin
Dr. Renate Wolter-Brandecker:**

Vielen Dank, Herr Stadtverordneter Reininger! Weitere Wortmeldungen zu diesem Tagesordnungspunkt liegen nicht vor, ich schließe die Aussprache.

Ich lasse nun über die Vorlage M 164 abstimmen. Die Fraktionen und fraktionslosen Stadtverordneten haben wie folgt votiert: CDU, GRÜNE, FDP und Republikaner mit Annahme; SPD, LINKE., FAG und Freie Wähler mit Ablehnung und ÖkoLinX-ARL mit Enthaltung. Ich lasse nun über die Vorlage M 164 abstimmen und frage nach Zustimmung, Ablehnung und Enthaltung. Wer der Vorlage zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. (Geschieht) Das sind CDU, GRÜNE und FDP. Wer lehnt die Vorlage ab? (Geschieht) Das sind SPD,

LINKE., FAG, Freie Wähler und ÖkoLinX-ARL. Der Vertreter der REP ist nicht mehr anwesend. Ich stelle fest, dass die Vorlage M 164 mit den Stimmen von CDU, GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen von SPD, LINKE., FAG, Freie Wähler und ÖkoLinX-ARL angenommen ist. Ich schließe diesen Tagesordnungspunkt.

Tagesordnungspunkt 11.

**Stellvertretende
Stadtverordnetenvorsteherin
Dr. Renate Wolter-Brandecker:**

Meine Damen und Herren, ich rufe den Tagesordnungspunkt 11., Straßenbahn statt U 5, auf.

Zu diesem Thema behandeln wir die Vorlagen NR 1450 der FAG-Fraktion sowie die Ortsbeiratsanregung OA 972. ÖkoLinX-ARL hat als erste den Antrag zur Tagesordnung I gestellt. Ich mache darauf aufmerksam, dass ich nach der Aussprache über die Empfehlung des Ausschusses abstimmen lassen werde, die in der Ihnen vorliegenden Neufassung der Tagesordnung I abgedruckt ist. Die erste Wortmeldung kommt von Herrn Stadtverordneten Zieran von ÖkoLinX-ARL. Sie haben noch knapp zwei Minuten Redezeit. Bitte schön!

Stadtverordneter Manfred Zieran, ÖkoLinX-ARL:

Die Sache ist eigentlich klar: Die Anregung des Ortsbeirates ist eine einstimmige Angelegenheit, die fraktionsübergreifend diskutiert wurde. Darin wollen wir zwei Ziele zusammenbringen, und wir wollen keine Konkurrenz zwischen dem Ortsbeirat 10 und dem Ortsbeirat 3: Wir wollen eine schnelle Verbindung ohne Umsteigen zum Hauptbahnhof, und gleichzeitig wollen wir keine Barrieren mitten im Herzen des Nordends. Das, was die VGF behauptet, ist die Unwahrheit. Es gibt keine Vorrangschaltung an den großen Kreuzungen, man kann die Straßenbahn beschleunigen. Es wird in dieser Stadt nicht gemacht, aus welchen Gründen auch immer. Wir sind uns im Ortsbeirat einig, dass wir die - so nenne ich es - „Sikorski-

Schneise“ nicht wollen, der Ortsbeirat würde es mit Sicherheit so nicht sagen. Ich bin enttäuscht darüber, dass es da so wenig Toleranz gibt. Wir fordern ja nicht, dass die Straßenbahn gebaut wird, wir haben lediglich gefordert, dass auch die Prüfung für diese Variante vorzunehmen ist, um dann in der Sache zu entscheiden. Wenn dann die U 5 die bessere Lösung wäre, dann ist es so, aber vielleicht ist ja auch die Straßenbahn der Kompromiss, um die Interessen dieser beiden Ortsbezirke zusammenzubringen. Vielleicht ist es auch im Interesse der Stadt Frankfurt, nämlich dass die Bürger von der Stadt etwas mitbekommen. Eine Straßenbahnverbindung von Preungesheim zum Hauptbahnhof ist auch ein Erlebnisraum, das sollte man nicht zu gering einschätzen. Eine Straßenbahn hat einen Wert, auch für die soziale Kontrolle in der Stadt. Auch das sollte man nicht gering schätzen.

Ich plädiere noch einmal dafür, dass man sich das überlegt, dass man diese Prüfung ermöglicht und dass auch der Dezernent, der sich gerade so angeregt unterhält, diese Prüfung unterstützt. Das fänden alle im Ortsbeirat sehr gut.

Ich verstehe auch nicht, warum sich die LINKE auf der einen Seite dafür einsetzt und auf der anderen Seite weder dem Antrag der FAG noch der Anregung des Ortsbeirates zustimmt. Ich würde es toll finden, wenn es da eine Korrektur gäbe, denn es geht ja nicht um die letztendliche Entscheidung, sondern darum, Entscheidungen möglich zu machen.

Ich hoffe, die FAG wird das weiter vertiefen. Danke sehr!

Stellvertretende

Stadtverordnetenvorsteherin

Dr. Renate Wolter-Brandecker:

Danke schön, Herr Stadtverordneter Zieran! Die nächste Wortmeldung kommt von Frau Stadtverordneter Becker von der FAG-Fraktion. Bitte sehr!

Stadtverordnete Gisela Becker, FAG:

Frau Vorsteherin,
meine Damen und Herren!

Manfred Zieran hat vor allem vom Ortsbeirat 3 berichtet, dass die Prüfung für eine Niederflurstraßenbahn gewünscht und danach entschieden wird, ob die U 5 oder eine Niederflurstraßenbahn dort hinkommt. Die FAG-Fraktion hat mit ihrem Antrag formuliert, dort eine Niederflurstraßenbahn zu bauen und den Beschluss aus dem Jahre 2001 aufzuheben. Im Nordend sollte unserer Auffassung nach eine Niederflurstraßenbahn gebaut werden. Der Verkehrsdezernent hatte im zuständigen Ortsbeirat 3 in der Sitzung am 18.06.2009 - er unterhält sich immer noch und hört nicht zu -, in der die Planung für versetzte Hochbahnsteige vorgestellt wurde, gesagt, dass er sich an den Beschluss für Hochbahnsteige gebunden fühle. Er hätte diesen Beschluss mit Hilfe der Koalition längst kippen können. Wo ist das Problem? Den Beschluss aus dem Jahre 2001 sollten wir hier im Stadtparlament aufheben. Deshalb fordere ich GRÜNE und CDU dazu auf, unserem Antrag heute zuzustimmen. Sie könnten auch einen eigenen, sinngemäßen Antrag stellen und dem in der nächsten Sitzung zustimmen. Das würde der Sache, nämlich dem Nordend und der Eckenheimer Landstraße, dienen. Der Ortsbeirat hat nun als sein Diskussionsergebnis die Ortsbeiratsanregung OA 972 gemeinsam - und ich betone - mit allen Fraktionen beschlossen, inklusive CDU und FDP. Das ist eine spannende Diskussion.

Die Entscheidung lautet: Schnelle oberirdische, barrierefreie Niederflurstraßenbahn direkt zum Hauptbahnhof statt U 5. Das Votum im Ortsbeirat 3, der GRÜNEN-Hochburg Frankfurts, sollte maßgeblich sein für die Römer-Koalition. Der GRÜNEN-Verkehrsdezernent hatte das in der Ortsbeiratssitzung am 18.06.2009 zugesagt. Basisdemokratisch sind die GRÜNEN doch weiterhin, oder? In der Ortsbeiratssitzung bei der Vorstellung der Planung zu einer veränderten Variante von Hochbahnsteigen mit Hilfe der Computersimulation des Planungsbüros TransTecBau aus Hannover waren viele Mitglieder des Verkehrsausschusses anwesend. Doch als anschließend die Initiative für eine Niederflur-